



## Polizeireform und Personalabbau: Staatsregierung riskiert Bayerns Marktführerschaft in der Inneren Sicherheit

Plenarrede von Helga Schmitt-Bussinger, MdL,  
Innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion  
zum Haushaltsentwurf 2007/ 2008  
Geschäftsbereich des Staatsministerium des Innern,  
Einzelplan 03 A - Innere Verwaltung, Polizei und Innere Sicherheit

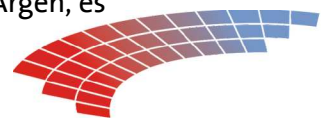
Bayerischer Landtag,  
Dienstag, den 12.12.2006

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Staatsminister Dr. Beckstein, ich will nicht mit Herrn Montgelas oder seiner Gattin beginnen, auch nicht mit James Bond. Ich beginne vielmehr mit einem Dank an alle Beschäftigten im Geschäftsbereich des Inneren für ihren Einsatz in diesem Jahr.

Ich danke allen Beschäftigten und ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren, der Rettungsdienste, der Organisationen des Katastrophenschutzes und vor allem danke ich der bayerischen Polizei. Ich sage herzlichen Dank. Diese Organisationen haben in diesem Jahr, mit Fußballweltmeisterschaft und mit Papstbesuch, besonders große Aufgaben erledigt und diese Aufgaben nicht anstelle, sondern zusätzlich zu ihrem Alltagsdienst. All diese Aufgaben haben unsere Staatsbediensteten mit großer Bravour erledigt. Hierfür haben sie und ihre Familien, die die Mehrbelastungen und die Urlaubssperren mitgetragen haben, den Dank unseres Hohen Hauses und des gesamten Landes verdient.

Herr Innenminister und Herr Staatssekretär, es liegt auf der Hand, dass wir Sie in unseren Dank nicht einschließen können. In Ihrem Geschäftsbereich liegt zu vieles im Argen, es muss zu vieles kritisiert werden, was ich jetzt auch tun werde.



Bayern

SPD

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch im Einzelplan 03 A, wie im gesamten Doppelhaushalt, wird das strategische Ziel der Staatsregierung deutlich: Dieser Doppelhaushalt soll den Boden für die Landtagswahlen 2008 bereiten. Nach den brachialen Einschnitten im Jahre 2004 und dem angeblich ausgeglichenen Haushalt 2006 mit erneuten brutalen Kürzungen und Haushaltstricks kommt jetzt die so genannte Besänftigungsphase. Die Bürgerinnen und Bürger erleben einen leichten Anstieg der Staatsausgaben. Dieser Doppelhaushalt steigt erstmals wieder etwas an und erreicht damit wieder das Niveau des Doppelhaushalts 2003/2004. Dies alles geschieht in der Hoffnung, die Wählerinnen und Wähler mögen sich gnädig stimmen lassen und die Belastungen vergessen, die ihnen vorher auferlegt wurden. So werden wir im Jahr 2008 eine stattliche Anzahl von Beförderungen erleben. Wir werden einen Spatenstich und eine Straßenfreigabe nach der anderen haben, denn das eigentliche Ziel dieses Doppelhaushaltes ist es, die Grundlage für Wohltaten zu schaffen in der Hoffnung, dass dann die haushaltspolitischen Grausamkeiten – wie beispielsweise die 42-Stunden-Woche – vergessen werden, die diese Staatsregierung den Beschäftigten auferlegt hat.

Kolleginnen und Kollegen, die wesentlichen Funktionen eines Haushalts sind aber andere. Dieser Einzelplan ist die Grundlage für die innere Verwaltung unseres Landes und für die Sicherheitsbehörden.

Die ist längst nicht so rosig, wie sie zu sein scheint und wie Herr Kollege Winter in seiner Rede deutlich zu machen versucht hat.

Der Haushalt 03 A ist von der fachlich unnötigen und haushaltstechnisch unglaublich kostenträchtigen Polizeiorganisationsreform geprägt. Besser und billiger solle unsere Polizei werden, haben Sie, Herr Innenminister Dr. Beckstein, ursprünglich gesagt. Sie haben inzwischen gemerkt, Herr Innenminister, dass der Umbau von vier auf drei Stufen nicht zum Nulltarif zu haben ist, sondern ganz im Gegenteil eine teure Angelegenheit ist und sein wird.

Sie sprechen jetzt von 70 Millionen Euro. Wir glauben, diese Summe wird nicht ausreichen. Eingangs haben Sie von „besser und billiger“ gesprochen. Jetzt haben Sie das schon relativiert. Jetzt sagen Sie nur noch: „besser und effizienter“.

Wir sind nach wie vor der Meinung – das will ich auch hier deutlich machen –: In Wahrheit gibt es bei der Polizeiorganisationsreform nach wie vor vier Stufen, nur unter anderem Namen. Zum Beispiel sind die Einsatzabschnitte in Mittelfranken eine vierte Ebene zwischen den Präsidien und den Inspektionen. Da können Sie sagen, was Sie wollen. Ich glaube, heute können wir froh sein, wenn die Polizei gleich gut bleibt und sich die Kosten in Grenzen halten.

Sicherlich – auch das müssen wir uns noch einmal vergegenwärtigen – stand am Anfang die einsame Entscheidung des Ministerpräsidenten, fern von jeder Ressortverantwortlichkeit. Sicherlich war sie vor allem von dem politischen Einsparwillen geprägt, nicht von überragender Fachkenntnis. Da musste ein großer Schnitt gemacht werden, nicht weil die Struktur krankte, sondern weil Ministerpräsident Stoiber als Reformierdasein wollte. Mit der Polizeireform kann er nicht als großer Reformierdasein, sondern eher als großer Murksler dastehen.

Herr Kollege Winter, Sie hätten Ihren Mut und Ihre Kraft, die Sie gerade zum Ausdruck gebracht haben, nicht für die Umsetzung der Polizeireform, sondern für deren Verhinderung aufwenden sollen. Die erwähnte Polizeireform hat mannigfache Auswirkungen auf diesen Haushalt. Darum spreche ich sie auch so ausführlich an. Die 42 Millionen Euro, die im Haushalt 03 A der Polizei nun mehr zur Verfügung gestellt werden, werden von der Reform sicherlich aufgebraucht werden. Ich glaube, dass der Betrag nicht einmal reichen wird.

Zentralisierung der Alarmierung und Dezentralisierung der Einsatzkräfte sollten die Reform kennzeichnen. Auf gut Deutsch: Bündelung der Einsatzleitstellen, weniger Stabsarbeit, dafür mehr Beamte auf die Straße. Wenn Sie so wollen, kann man auch sagen – auch Sie haben es so genannt, Herr Minister –: weniger Häuptlinge, mehr Indianer.

Wenn das nur so wäre! Dann hätten wir vielleicht genügend Personal, um zum Beispiel auch im hintersten Winkel des Landkreises Dachau die öffentliche Sicherheit ausschließlich durch Polizeikräfte gewährleisten zu können. Dann würden sich die Kommunen vielleicht wirklich darauf beschränken können, ihr Hausrecht mit der Hilfe privater Sicherheitsdienste durchzusetzen und die Einhaltung kommunaler Satzungen durch Private überprüfen zu lassen, statt, wie sie es jetzt tun müssen, Schutz vor Vandalismus, Pöbeleien und Ähnlichem zu suchen.

Dann hätten wir in den Landkreisen vielleicht auch mehr Streifen draußen in der Nacht. Aber im Bereich der Polizeiinspektion Neustadt an der Aisch und in vielen anderen Inspektionen ist es zum Beispiel der Fall, dass wir nachts nur eine oder zwei Streifen zur Verfügung haben.

Von den rechnerisch angeblich 600 frei werdenden Stellen werden 180 vom Finanzminister eingezogen. Es verbleiben 420 Stellen für die Stärkung der Inspektionen. Wo diese allerdings angekommen sind, konnte mir bisher niemand erklären. Die Einstellung von Polizeianwärtern bleibt in den nächsten Jahren deutlich hinter den Pensionseintritten zurück. Das wissen wir alle. Wir entfernen uns also immer mehr von dem Höchststand des Personals, von dem Sie, Herr Minister Beckstein, immer wieder gern reden. Den Höchststand haben wir längst verlassen. Ich glaube auch, dass er kein alleiniger Maßstab für die Qualität von Polizeiarbeit ist. Ich meine, dass das Verhältnis von Personal und Aufgaben hier ebenfalls berücksichtigt werden muss. Wie wir wissen, war der Aufgabenzuwachs bei der Polizei enorm. Denken wir nur an die vielen zusätzlichen Aufgaben wie diese: Kontaktbeamte für Stadtteile und Schulen, Beratungsdienste für Senioren, Bekämpfung der internationalen und der organisierten Kriminalität und vieles mehr.

Wenn Sie einen Maßstab anlegen wollen, dann könnten Sie vielleicht das Verhältnis der bei der Polizei Beschäftigten pro Einwohner nehmen. Aber damit liegt Bayern – das haben Sie, Herr Minister Beckstein, selber eingestanden – nicht an der Spitze. Bayern liegt hier aufgrund von Berechnungen auf Platz vier, und zwar – man höre und staune – hinter drei ostdeutschen Bundesländern, nämlich hinter Brandenburg, Sachsen und Thüringen. So sieht es mit der Personalstärke in Bayern aus.

Was ist mit den durch die Polizeireform angeblich frei werdenden 500 Stellen, die den Inspektionen zugute kommen sollen? In Unterfranken, wo der Versuch bereits über ein Jahr läuft, hat sich gezeigt: Die zentrale Alarmierung ist deutlich personalintensiver als das frühere System. In der neuen Einsatzzentrale in Würzburg sind insgesamt 15 Stellen mehr erforderlich als vorher, dezentraler und zentraler Einsatz zusammengenommen. In anderen Inspektionen ist es mitnichten so, dass alle Beamte zu den Einsätzen hinausfahren könnten. Vielmehr nehmen sie die Notrufe, die bei der Einsatzzentrale ankommen, an und geben die Alarmierung an die Einsatzfahrzeuge weiter.

Also sitzen nach wie vor Beamte am Funk in den Inspektionen, die man zu der gestiegenen Personalstärke in den Einsatzzentralen noch hinzuzählen muss. Da ist es kein Wunder, wenn auf der Straße nicht mehr Beamte angekommen sind. Übrigens hat die Polizeireform auch zu Stellenhebungen bei den Präsidenten und ihren Stellvertretern geführt. Auch das zählt zu den Personalkostensteigerungen, die die Polizeireform im Bereich dieses Einzelplans verursacht hat. Die SPD-Fraktion hätte auf diese Hebungen gern verzichtet und stattdessen mehr Beförderungsmöglichkeiten befürwortet. (Zuruf von der CSU: Sie haben doch zugestimmt!) – Ja, wir haben zugestimmt. Aber dieses Zeichen war in dem betreffen-

den Fall falsch, weil die Beförderungen im mittleren und höheren Bereich nicht so, wie wir es gefordert hatten, gleichermaßen erfolgt.

Die Polizeireform hat nicht nur Auswirkungen auf die Personalausgaben. Auch die sächlichen Aufgaben steigen aufgrund der Reform. Das fängt an mit dem Bau der neuen Präsidien. Ich erinnere an den Bau der neuen Präsidien in Schwaben, Oberbayern und Niederbayern, an den Bau der Einsatzzentralen und an vieles mehr. Was heißt das konkret für andere Haushaltstitel? Das heißt, dass die 70 Millionen Euro, die die Polizeireform kosten wird, nicht für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen, zum Beispiel für die dringend nötige Sanierung von Polizeidienststellen oder etwa der Schießanlage der Bereitschaftspolizei in Nürnberg. Die Mittel stehen nicht für notwendige Dienstfahrzeuge zur Verfügung, auch nicht für funktionierende Computersoftware.

Unser Hauptproblem im Bereich der Polizei und unseres Haushalts 03 A ist demnach die Polizeireform. Die Reform ist für Haushaltsumschichtungen zulasten von Aufgabenerfüllungen an der Basis ursächlich. Obendrein haben Sie, Herr Minister Beckstein, nach Guts-herrenart, die Ihnen im Grunde nicht so eigen ist, aber die Sie an den Tag gelegt haben, die Reform in Mittel- und Unterfranken durchgepeitscht und damit viele engagierte Beamte verprellt und die Motivation der Beschäftigten nicht gerade gesteigert. Sie, Herr Minister Dr. Beckstein, haben Maulkörbe verteilt, einen Polizeiführer als „Versager“ beschimpft und ganz nebenbei bei der Reform auch noch die Zahl der Personalräte eingedampft.

So vieles, Kolleginnen und Kollegen, bräuchten unsere Beamtinnen und Beamten vor Ort doch viel dringender als diese Umstrukturierung: ein endlich funktionierendes Dienstplanungssystem per Computer – dass die langwierige Fehlentwicklung von Diplaz eine einzige Pleite war, räumen Sie inzwischen ein –, aber auch neue Dienstfahrzeuge, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Vor allem bräuchten wir aber Beamtinnen und Beamte, die eine gerechte Entlohnung für ihre erfolgreiche und motivierte Arbeit bekommen. Vier Jahre Wartezeit – um ein Beispiel zu nennen – sollen planmäßig eigentlich zwischen der Beförderung der Polizeiobermeister zu Polizeihauptmeistern liegen, also zwischen der Beförderung von der Besoldungsgruppe A 8 zur Besoldungsgruppe A 9. Im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelfranken zum Beispiel warten zum Stichtag 1. Oktober 2006 insgesamt 219 Polizeiobermeister auf eben diese Beförderung. All diese Beamtinnen und Beamte – ich will das nur als Beispiel nennen – erfüllen die Voraussetzungen für eine sofortige Beförderung. Die Planstelle ist das Einzige, was fehlt.

(Zuruf (CSU): Es besteht aber kein Anspruch, das wissen Sie!)

– Es besteht kein Anspruch, aber es wird häufig so gehandhabt. Für Bayern insgesamt liegen die Zahlen natürlich entsprechend höher.

Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beantragt, die Stellen der Besoldungsgruppe A 9 zu schaffen, die notwendig sind, um die Stellenobergrenzen des mittleren Dienstes von 70 von 100 vollständig auszuschöpfen – um nur ein Beispiel unserer Anträge zu nennen.

Herr Kollege Schramm, ich bin gleich fertig. Ihnen braucht es nicht langweilig zu sein.

Zur gerechten Entlohnung gehört zweitens ein Ausgleich für den Schichtdienst, der diese Bezeichnung tatsächlich verdient. Zwei Tage, wie Sie sie jetzt angekündigt haben und durchsetzen wollen, sind besser als nichts,

(Zuruf (CSU): Zu bestehenden vier!)

– zu bestehenden vier –, aber Sie wissen auch, was vor der 42-Stunden-Woche war. Da fehlen immer noch neun Tage, wenn Sie zwei zugeben, auf die ursprüngliche Regelung. Hier ist eine Nachbesserung notwendig.

Kolleginnen und Kollegen, die Verwirklichung der vorgetragenen Forderungen wäre ein wirklich großer Gewinn für die Motivation der Beamtinnen und Beamten, eine Anerkennung für deren Arbeit und für ihre Familien. Mit Verlaub, ohne irgendeine Neiddebatte anstoßen zu wollen, das wäre – ich habe es schon gesagt – wichtiger als die Schaffung zusätzlicher Polizeipräsidenten- und -vizepräsidentenstellen sowie deren Höhergruppierung.

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Sie stellen einen Haushalt auf, in dem zur Vorbereitung der Wahlen 2008 kleine Ausgabenmehrungen enthalten sind. Die Steigerung der Sachausgaben um 42 Millionen Euro kann den Investitionsstau nicht auflösen, den insbesondere die fachlich unnötige Polizeireform ausgelöst und verschlimmert hat. Dieser Haushalt 3 A ist kein Haushalt im Interesse der bayerischen Polizei, das Gegenteil ist der Fall.

Ich will schließen mit einer Bewertung Ihrer Arbeit, Herr Minister Dr. Beckstein, durch die Deutsche Polizeigewerkschaft, der wir uns seitens der SPD nur anschließen können. Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat zum ersten Halbjahr 2006 ein Zwischenzeugnis ausgestellt, in dem folgender Satz zu lesen ist:

„Die Staatsregierung sollte sich mehr um eine gute Bewältigung der Herausforderungen bemühen als um eine geschönte Darstellung in der Öffentlichkeit. Mit den bisher gezeigten Leistungen der Staatsregierung ist das Klassenziel „sicherstes Bundesland“ nicht zu erreichen. Ein Aufrücken zum Marktführer der inneren Sicherheit ist gefährdet.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.